

## Z w i s c h e n b e r i c h t

des Ausschusses für Theologie und Kirche

betr. Förderung des Projektes "In Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft. Zusammen gegen Antisemitismus"

Buxtehude, 27. Mai 2024

**I.****Auftrag**

Die 26. Landessynode hatte während ihrer IX. Tagung in der 43. Sitzung am 29. November 2023 im Zusammenhang mit der Verhandlung über den Bericht des Herrn Landesbischof auf Antrag des Synodalen Dr. Krarup folgenden Beschluss gefasst:

*"Der Bericht des Landesbischofs, insbesondere die Idee einer Plakette, die Kirchengemeinden in ihrem Einsatz gegen Antisemitismus auszeichnen soll, wird dem Ausschuss für Theologie und Kirche zur Beratung überwiesen."*

(Beschlussammlung der IX. Tagung Nr. 4.1)

**II.****Beratung**

Das in der Anlage zu diesem Aktenstück vorgestellte Programm geht auf eine konkrete Anregung von Herrn Landesbischof Meister in seinem Bericht vom 29. November 2023 zurück. Er hatte vorgeschlagen, analog zum Gütesiegel "Zusammen gegen Antisemitismus", das Schulen verliehen wird, Kirchengemeinden auszuzeichnen, die sich zu bestimmten Aktivitäten in diesem Bereich verpflichten.

Frau Prof. Dr. Rudnick, die Beauftragte für Kirche und Judentum im Haus kirchlicher Dienste, entwarf daraufhin die anliegende Projektskizze, die in Zusammenarbeit mit Herrn OKR Stelter und dem Ausschussvorsitzenden weiterentwickelt, im Ausschuss für Theologie und Kirche beraten und mit dem Theologischen Vizepräsidenten Herrn Dr. Charbonnier und Herrn Landesbischof Meister abgestimmt wurde. Am 30. April 2024 beschloss das Kolleg das Programm.

Die Entwicklungen während des letzten halben Jahres haben die Dringlichkeit, ein solches Programm einzuführen, weiter unterstrichen. Je mehr die Auseinandersetzungen über die Terroranschläge der Hamas am 7. Oktober 2023 und die israelischen Reaktionen darauf an Schärfe zunehmen und immer wieder den Rahmen eines demokratischen Diskurses verlassen, desto wichtiger ist es, dass sich Christinnen und Christen solidarisch mit den jüdischen Glaubensgeschwistern zeigen und zu einer Versachlichung beitragen.

Der Ausschuss für Theologie und Kirche begrüßt die Einführung des vorgestellten Programms ausdrücklich. Damit ist nicht nur eine finanzielle Förderung verbunden. Die Verpflichtung, in mindestens drei der aufgeführten Bereiche aktiv zu werden, lässt darauf hoffen, dass das Thema im Fokus der Kirchengemeinden bleibt. Skepsis blieb im Ausschuss allein der Idee gegenüber, eine entsprechende Plakette an den so ausgezeichneten Kirchen anzubringen. Die Symbolwirkung, wenn nach dem Auslaufen der Förderung eine Plakette abmontiert wird, ist sorgsam zu bedenken. In der finalen Projektbeschreibung ist eine solche Plakette optional.

### **III.**

#### **Antrag**

Der Ausschuss für Theologie und Kirche stellt folgenden Antrag:

Die Landessynode wolle beschließen:

*Die Landessynode nimmt den Bericht des Ausschusses für Theologie und Kirche betr. Förderung des Projektes "In Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft. Zusammen gegen Antisemitismus" (Aktenstück Nr. 108) zustimmend zur Kenntnis und bittet den Ausschuss zu gegebener Zeit erneut über den Fortgang des Programms zu berichten.*

Dr. Krarup  
Vorsitzender

Anlage

# In Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft

## Zusammen gegen Antisemitismus

Ein Programm für Kirchengemeinden und -kreise sowie Sprengel

Antisemitismus ist eine aktuelle gesellschaftliche Herausforderung, deren Bedeutung nach dem 7. Oktober 2023 gewachsen ist. Jüdische Gemeinden werden bedroht und führen neue Sicherheitsmaßnahmen ein. Viele Jüdinnen und Juden ziehen sich zurück, zeigen in der Öffentlichkeit nicht ihr Jüdisch-Sein und fühlen sich auf eine existentielle Weise alleingelassen.

Die Kirchen – vor dem Hintergrund der eigenen antijüdischen Tradition – sind hier auf besondere Weise gefordert, Verbundenheit mit Juden und Judentum zum Ausdruck zu bringen und jeder Form von Judenfeindlichkeit entgegenzutreten und sie zu bekämpfen.

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers hat sich in ihrer Verfassung (§ 4) verpflichtet, jeder Form von Judenfeindlichkeit entgegenzutreten und Begegnungen mit Juden und dem Judentum zu fördern. Dabei handelt es sich nicht um eine punktuelle, sondern um eine beständige Aufgabe, die in allen Bereichen des landeskirchlichen Wirkens ihren Ausdruck findet. Hierzu braucht es Informationen und Kenntnisse, die in der Praxis von Kirchengemeinden Anwendung finden. Lernen in und aus Begegnungen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als besonders produktiver Erkenntnisweg erwiesen.

Mit diesem Projekt kommt die Landeskirche ihrer in der Verfassung zum Ausdruck gebrachten Selbstverpflichtung nach.

Im Folgenden findet sich eine Zusammenstellung verschiedener Aktivitäten, die an manchen Orten bereits lange Tradition haben, an anderen bisher weniger im Blick waren. Die Aktivitäten können von Kirchengemeinden oder Gesamtkirchengemeinden, wie auch von Kirchenkreisen und/oder Sprengeln wahrgenommen werden.

1. **Gottesdienst in der Gegenwart Israels feiern:** Die Verbundenheit von Kirche und Judentum findet ihren Ausdruck im Gottesdienst: Die Feier des Gottesdienstes zum Israelsonntag macht dies exemplarisch deutlich.
2. **Zeitgenossenschaft lebendig werden lassen:** Die jüdischen Feiertage Pessach, Schawuot, Rosch Ha-Schana, Jom Kippur und Sukkot werden im Gottesdienst thematisiert, indem sie z.B. bei der Begrüßung oder in den Mitteilungen erwähnt und ggf. erläutert werden.
3. **Kirchliche Judenfeindschaft in Vergangenheit und Gegenwart erkennen, reflektieren und erinnern:** Hier ist ein breites Spektrum an Formaten denkbar, akademischen Formaten wie Workshops und Vorträgen über Gottesdienste bis zu künstlerischen Formaten wie Performances. Auch Öffentlichkeits- und Medienarbeit können in den Blick genommen werden. Ein Anlass ist zum Beispiel das Novemberpogrom von 1938.
4. **Die Geschichte der christlich-jüdischen Beziehungen exemplarisch vermitteln:** z.B. im Gemeindebrief, auf einer Website.

5. **Jüdischem Leben begegnen:** Konfirmandengruppen, Mitglieder des Kirchenvorstandes und Gruppen Interessierter besuchen eine Synagoge oder laden eine\*n Gesprächspartner\*in aus einer jüdischen Gemeinde ein.
6. **Beziehungen pflegen:** Grüße zu den Festtagen senden, Besuche in der nächsten jüdischen Gemeinde.
7. **Reisend lernen:** Exkursionen mit Begegnung mit Juden veranstalten, sei es zu jüdischen Gemeinden in Hannover, Berlin oder Israel.
8. **Wissen vermitteln:** Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit einer Reihe von Themen: jüdisches Leben und Denken, christlich-jüdische Beziehungen, Antisemitismus im Rahmen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Israel und Nahostkonflikt.
9. **Bei antisemitischen Vorfällen handlungsfähig sein:** Zusätzlich zu der Beratung auf landeskirchlicher Ebene durch das Arbeitsfeld „Kirche und Judentum“ im Haus kirchlicher Dienste Beratungsmöglichkeiten auf Sprengel Ebene vorhalten: Hier ist eine Ansprechperson zum Thema Antisemitismus zu benennen, die eine Fortbildung in diesem Bereich absolviert hat und kann bei antisemitischen Vorfällen beraten kann.

Dieses Programm macht christlich-jüdisches Engagement sichtbar, wo es vorhanden ist, und vermittelt Wertschätzung für Bestehendes. Darüber hinaus setzt es Anreize, sich dieses Themas überhaupt oder vertieft anzunehmen.

Manche Aktivitäten sind für Kirchengemeinden, andere eher für Kirchenkreise oder Sprengel geeignet. Auf Ebene der Sprengel und der Kirchenkreise ist das Bewusstsein für die Bedeutung dieser Aktivitäten zu schärfen, die Ausdruck eines tiefgehenden Paradigmenwechsels in der christlichen Theologie und den christlich-jüdischen Beziehungen darstellen. In der gelebten Praxis findet diese erneuerte Theologie und Haltung ihren Ausdruck. Dabei geht es um einen kontinuierlichen Prozess der Reflexion und Veränderung der eigenen Praxis im Gegenüber zur jüdischen Gemeinschaft und inmitten einer religiös und weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft.

Um die Bedeutung dieses Prozesses nach innen wie nach außen zu stärken, erhalten Kirchengemeinden, die sich verpflichten, drei der aufgeführten Aktivitäten zu verwirklichen und kontinuierlich zu pflegen, die Urkunde *In Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft – Gemeinsam gegen Antisemitismus* und, wenn die Gemeinden es wünschen, ein entsprechendes Signet, das an der Kirche angebracht werden kann. Die Urkunde bzw. das Signet sind Ausdruck der Selbstverpflichtung und macht die Relevanz der christlich-jüdischen Beziehungen in ihren vielfältigen Ausprägungen deutlich. Hierzu zählt eine erneuerte, nicht-antijüdische Theologie und Praxis, die Begegnung und gelebte Zeitgenossenschaft mit Jüdinnen und Juden, das Erkennen und Bekämpfen von jeglicher Form von Judenfeindlichkeit, das Vergegenwärtigen und Erinnern von Judenfeindschaft in Theologie, Kirche und Gesellschaft und eine Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt. Zugleich sind die Urkunde bzw. das Signet ein Zeichen der Anerkennung des Engagements in diesem Bereich.

(Der Synodenausschuss Theologie und Kirche hat sich in seiner Sitzung am 22.4.2024 ausdrücklich gegen ein Signet ausgesprochen – mit den Argumenten, eine Ansammlung mehrere Signets an der Kirchenmauer sei nicht wünschenswert und das

Abschrauben des Signets nach Ende der Projektzeit sei ein fatales Signal. – Aus Sicht des Referats 23 sind diese Bedenken in dem oben vorgeschlagenen Vorgehen berücksichtigt, dass eine an dem Projekt teilnehmende Gemeinde das Signet an der Kirche anbringen kann, aber nicht muss.)

Für die Durchführung der Aktivitäten gibt es vielfältige Unterstützung. Der Fonds Kirche und Judentum fördert Aktivitäten von Gemeinden und Kirchenkreisen finanziell. Die Beauftragte für Kirche und Judentum Prof. Dr. Ursula Rudnick ([Ursula.Rudnick@evlka.de](mailto:Ursula.Rudnick@evlka.de)) berät und unterstützt bei inhaltlichen Fragen. Der Verein *Begegnung – Christen und Juden. Niedersachsen e.V.* bietet Exkursionen, Veranstaltungen vor Ort für Interessierte, sowie Ausstellungen zum Entleihen an. Er ermöglicht Begegnungen mit Juden und jüdischer Tradition. Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.begegnung-christen-juden.de>

### *Zum weiteren Vorgehen*

Die Synode hat dieses Projekt dem Ausschuss für Theologie und Kirche übertragen. Weitere Konkretionen und die Ausgestaltung sind mit diesem Gremium zu besprechen. Eine Vorstellung des Projekts erfolgte in der Sitzung am 21. Februar durch Dr. Martin Krarup und Dr. Ursula Rudnick.

Um das Projekt erfolgreich durchzuführen, ist es notwendig, dass die EMA zu dieses Projekt mit ihren Kompetenzen begleitet – z.B. mit einem Flyer und einer Website sowie weiterem Material, wie einem Antrags- und Rückmeldebogen und weiteren Angeboten, die im Rahmen dieses Projekts entstehen.

Das Projekt ist in den Sprengeln, Kirchenkreisen und -gemeinden zu kommunizieren. Hierbei kommt den Regionalbischöfe\*innen, sowie Superintendent\*innen eine wichtige Aufgabe zu. Daher ist es sinnvoll, das Projekt bei einer Tagung der Landessynode vorzustellen.

Ein zu benennendes Gremium, das aus einer von der Synode zu bestimmender Person, Dirk Stelter und Prof. Dr. Ursula Rudnick besteht, entscheidet über die Vergabe der Fördermittel für insgesamt drei Jahre. Zur Beantragung genügt ein formloses Schreiben, in dem die geplanten Aktivitäten aufgeführt werden (Projektskizze). Für die Beantragung ist es ausreichend, wenn drei der aufgeführten neun Punkte aufgegriffen werden. Die Vergabe der Urkunde erfolgt nach einem kurzen Bericht über die Durchführung der Veranstaltungen im ersten Jahr. Die jeweilige Institution verpflichtet sich auf drei Jahre für die Durchführung der angegebenen Vorhaben. Das Projekt beginnt in 2024 – mit der Planung, der Konzeptionierung, sowie der Gestaltung eines Flyers, sowie einer Webseite. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, 2025 oder 2026 mit dem Projekt zu beginnen. Die Mittelgewährung und -abrechnung erfolgt jeweils pro Kalenderjahr. Das Projekt läuft über drei Jahre in den Gemeinden.

Wenn es Gemeinden gibt, die in diesem Bereich einen Schwerpunkt setzen und hervorragende Arbeit leisten, sollte dieses Engagement gewürdigt werden, z.B. durch den Landesbischof.

Auf das Projekt soll den Sommerferien aufmerksam gemacht werden. Es wird im Rahmen einer Kick-off Veranstaltung mit Landesbischof Meister, Mitgliedern des synodalen Ausschusses, Dirk Stelter und Dr. Ursula Rudnick vorgestellt werden.

Kirchengemeinden, die sich an dem Projekt beteiligen, können für ihre Aktivitäten im Rahmen dieses Projekts jährlich einen Zuschuss bis zu 1500 Euro abrufen. In der Anlage findet sich eine exemplarische Kostenaufstellung für den Einsatz der Mittel.

Wenn sich 30 Gemeinden pro Jahr am Projekt beteiligen, bedarf es insgesamt 45.000 Euro pro Jahr, insgesamt 180.000 Euro. Hinzu kommen weitere Kosten wie z.B. die der Kick-off Veranstaltung, Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit etc. Insgesamt werden über den Lauf von vier Jahren (2025-2028) 200.000 Euro benötigt.

In der einzureichenden Projektskizze können Gemeinden themenbezogene Aktivitäten, die in den Jahren 2023 und 2024 stattgefunden haben und denen eine Bedeutung für die zukünftige Arbeit der Gemeinde hat, mitauführen (z.B. das Anbringen einer Gedenktafel, die auf einen jüdischen Ort oder Friedhof aufmerksam macht und an der eine Kirchengemeinde federführend oder beteiligt war). Der Zuschuss bezieht sich aber nur auf zukünftige Aktivitäten; der bezuschussbare Dreijahreszeitraum wird ab 2025 oder ab 2026 gerechnet.

Es ist sinnvoll, dieses Projekt als eine potentiell share-Programm zu gestalten, so dass sich weitere Kirchen und auch andere Institutionen und Vereine in Niedersachsen und darüber hinaus dieses Projekt zu eigen machen. Es ist zu überlegen, ob dieses Projekt nicht – zumindest im Rahmen der Konföderation – realisiert werden kann. Wenn weitere Kirchen oder andere Institutionen sich an dem Projekt beteiligen sollten, wären sie für die finanzielle Unterstützung in ihrem Bereich selbst zuständig.

#### Exemplarischer Finanzierungsplan einer Kirchengemeinde

Präsentation einer Ausstellung	500 Euro
Zwei Vorträge	600 Euro
Besondere Gestaltung des Israelsonntags	200 Euro
Eine Exkursion mit Konfirmand*innen	200 Euro
<i>Gesamtkosten</i>	<i>1500 Euro</i>

Prof. Dr. Ursula Rudnick

Beauftragte für Kirche und Judentum im HKD, [Ursula.Rudnick@evlka.de](mailto:Ursula.Rudnick@evlka.de)

(abgestimmt mit Oberkirchenrat Dirk Stelter und Superintendent Dr. Martin Krarup sowie mit dem Theologischen Vizepräsidenten Dr. Ralph Charbonnier und Landesbischof Ralf Meister)

30.04.2024